



P R E S S E I N F O R M A T I O N

Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands e.V., Oranienburger Str. 17, 10178 Berlin

6. Dezember 2005

VKD kritisiert Willkür gegen die Krankenhäuser

Mit Empörung reagiert der Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands e. V. (VKD) auf den Versuch der neuen Bundesregierung, den Krankenhäusern manipulativ 150 Mio. Euro zu entziehen.

Offensichtlich unter dem Eindruck eines schlechten Gewissens haben die Regierungsfraktionen diese Zumutung für die Krankenhäuser im Entwurf eines "Gesetzes zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Arzneimittelversorgung" versteckt. Oder haben sie vielleicht gar keine Kenntnis davon, daß mit diesem Trick die am 15.09.2005 vom Gesundheitsministerium amtlich verkündete Veränderungsrate für 2006 einkassiert wird?

Schon die damals mit 0,83 % (West) und 1,41 % (Ost) für 2006 festgelegten Steigerungsraten reichen bei weitem nicht aus, die unabweisbaren Kostensteigerungen aufzufangen. Auf dieser Basis haben viele Krankenhäuser ihren Wirtschaftsplan für 2006 von den Trägern genehmigen lassen.

Wenn dieser Anschlag auf die Verlässlichkeit der Politik mit der Absenkung auf 0,63 % durchkommt, bedeutet das zum Beispiel für ein 300 Betten-Krankenhaus in Ostdeutschland:

Es verfügt im nächstjährigen Budget über ca. 200.000 Euro weniger als im Wirtschaftsplan vorgesehen; dafür müssen 3 Arztstellen oder 5 Pflegestellen abgebaut werden.

Die Begründung des Gesetzentwurfs ist fadenscheinig; für statistische Tricks sollte sich eine seriöse Politik zu schade sein. Dazu VKD-Präsident Heinz Kölking:

"Der VKD hat stets die wettbewerbliche Orientierung des Gesundheitswesens unterstützt. Wettbewerb basiert auf Vertrauen in verlässliche Rahmenbedingungen: Das sollte die neue Bundesregierung nicht durch Manipulation verspielen!"

Nähere Informationen:

Dr. Rudolf Hartwig, VKD - Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Alfred-Krupp-Straße 21, 45117 Essen;

Tel.: 0201/434-2330; Fax: 0201/434-2397;

E-Mail: rudolf.hartwig@krupp-krankenhaus.de